

Einseitige Entspannung

Loth, Wilfried: Die Rettung der Welt. Entspannungspolitik im Kalten Krieg Frankfurt/Main: Verlag Campus 2016, 375 Seiten, 26,99 €.

Peter März

Die Titel zum „Kalten Krieg“ und damit korrespondierend zur „Entspannungspolitik“ zählen wohl nach Legionen. Wilfried Loths Buch *Die Rettung der Welt* mutet da in jeder Hinsicht handlich an, im Umfang mit gut 370 Seiten überschaubar, und an vielen Stellen und durch zahllose, nicht alltäglich präsenzte Zitate aus der West-Ost-Kommunikation sehr authentisch – oder eher scheinbar authentisch – gemacht.

Der chronologische Bogen spannt sich über gut vier Jahrzehnte, von 1950, dem Jahr des Ausbruchs des Korea-Krieges, bis 1991, dem Jahr des Untergangs der Sowjetunion. Akteursbezogen könnte man somit sagen von Stalin bis zu Gorbatschow (und Jelzin) auf der einen, von Truman bis George Bush auf der anderen Seite. Vor dieser Folie erscheinen die sogenannten Stalin-Noten des Jahres 1952. Die sowjetische Auftaktnote mit dem Angebot der Schaffung eines wiedervereinigten, neutralen und in Maßen gerüsteten Deutschlands resultierte vom 10. März des Jahres, als der erste große Paukenschlag im Entspannungsmuster von östlicher Seite.

Bevor auf deren Bewertung noch etwas mehr Aufmerksamkeit gerichtet werden soll, vorab zum gesamten Bogen: Der normative Gegensatz, der den Kalten Krieg unstrittig in erheblichem Maße doch auch prägte, tritt hinter das reine historische Prozessgeschehen, hinter Aktion und Interaktion der Konfliktparteien, hinter jeweiliges Verstehen und Nichtverstehen, über die Maßen zurück. Ansonsten wäre zumindest ein Hinweis daraufhin unabdingbar gewesen, dass der Kalte Krieg mitsamt aller in ihn eingewobenen Entspannungstendenzen eben auch ein Teil der Geschichte jener „Zeit der Ideologien“ (Bracher) war, die nun einmal das kurze 20. Jahrhundert ganz wesentlich kennzeichnete. Anders formuliert: In der Geschichte ist weiß selten reinweiß und schwarz selten pechschwarz, aber oft gibt es eben auch den Gegensatz zwischen den normativ positiv und den normativ negativ zu beurteilenden Faktoren, im konkreten Fall zwischen Freiheit und Unfreiheit. Und um eine derartige Kontroversität zu kennzeichnen, wäre es notwendig gewesen, auch den Beginn des Kalten Krieges, jedenfalls ideengeschichtlich gesehen, als normativer Systemantagonismus letztlich mit der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 beginnen zu lassen.

Zurück zum Jahr der Stalin-Noten 1952 ziemlich am Beginn der Darstellung: Loths Buch ist 1998 in Erstausgabe unter dem Titel erschienen *Helsinki. 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung* in der dtv-Reihe „20 Tage im 20. Jahrhundert“. Der Autor betont, nicht nur die zwischenzeitlich erschienene Literatur, sondern auch das zwischenzeitlich erschienene Archivgut im hohen Maße rezipiert und für die Neuausgabe erschlossen zu haben. Und mitunter gewinnt man förmlich den Eindruck, er habe bei Sitzungen des Politbüros der KPdSU quasi unter dem Tisch gesessen, so vital kommen die Bezüge auf einzelne Exponenten der Führung des Kremls daher. Zunächst einmal weisen im Gegensatz dazu die Fußnoten kein authentisches sowjetisches Archivmaterial nach, sondern, hier hat sicher sehr viel Mühe gewaltet, eine ganze Menge an Quellenevidenzen vielfach englischsprachiger Provenienz. Der derzeit beste Kenner der ganzen, in der Literatur so vielfach hin und her gewälzten Angelegenheit „Stalin-Noten“ dürfte

der österreichische Historiker Peter Ruggenthaler sein.¹ Ihm hält Wilfried Loth vor, bei seinen eigenen, 2002 publizierten Forschungen zur Stalin-Note „Opfer der selektiven Quellenauswahl“ geworden zu sein.² Ihm selbst standen für seine Edition mit Schlussfolgerungen vor allem Quellen aus dem Bestand Vjačeslav Molotovs zur Verfügung, also gewissermaßen eine Stufe höher als der Quellenbestand aus der Arbeitsebene des sowjetischen Außenministeriums, und vor diesem Hintergrund gelangte er zu dem Resultat: „Es zeigt sich, dass wohl Walter Ulbricht die eigentliche ‚geistige Vaterschaft‘ der Stalin-Note, d.h. jener deutschlandpolitischen Strategie, der sich der Kreml 1951/52 bediente, zuzuschreiben ist. Ulbricht war klar, dass sich Washington von der ‚Remilitarisierung‘ Westdeutschlands nicht abbringen ließ, und dies nutzte er zur Konsolidierung seiner eigenen Macht. [...] Der stellvertretende Außenminister, Andrej Gromyko, empfahl Stalin, mit dem Neutralisierungsangebot für Deutschland würde die Sowjetunion ‚die Lage der drei Mächte und der Bonner Regierung noch mehr verkomplizieren‘.“³ Es sei hier dahingestellt, ob wir damit über das definitive Schlussurteil zur Stalin-Note verfügen. In jedem Falle aber hätte Wilfried Loth gut daran getan, diesen heute aktuellsten, quellengestützten Stand zu referieren, mit welcher Bewertung im Anschluss auch immer. Stattdessen findet man Ruggenthaler in Loths Darstellung an keiner Stelle.

Immer wieder begegnet dem Leser bei der Darstellung strategischer Interaktionen in den Jahrzehnten von 1950 bis 1990 das Muster, dass der Autor in aller Regel amerikanische Doktrinen, Konfliktszenarien und Konfliktpotentiale als vielfach gefährlich überdimensioniert erscheinen lässt, Doktrinen und Systeme auf der anderen Seite aber als bei weitem nicht so offensiv angelegt, wie sie nach unserem heutigen Kenntnisstand nun einmal waren.

Dazu kommt in seiner Sicht der westlichen Seite die Ausblendung normativer Grundpositionen. Ein ganz typisches Beispiel dafür ist die Schilderung der Kuba-Krise vom Herbst 1962: Loth legt hier großes Gewicht darauf, dass die Stationierung sowjetischer Nuklearwaffen auf Kuba tatsächlich die militärischen Kräfteverhältnisse gar nicht zu Ungunsten der USA habe verändern können. Im Grunde sei dies auch Präsident Kennedy und seinem Verteidigungsminister Robert McNamara klar gewesen, Kennedy wird so zitiert: „Es macht eigentlich keinen Unterschied, ob man eine Interkontinentalrakete auf den Kopf bekommt, die aus der Sowjetunion abgeschossen wurde, oder eine Rakete aus 150 Kilometern Entfernung.“ Von dem mit den sowjetischen Rüstungen auf dem Florida vorgelagerten Inselstaat ausgehenden „präemptiven“ Bedrohungspotential ganz abgesehen, wird hier doch über ein Grundaxiom amerikanischer Außenpolitik schlicht hinweg geschrieben, das an keiner Stelle auftaucht, nämlich die Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823. In ihrer quasi natürlichen Weiterentwicklung ging es um die strikte Weigerung der USA, außeramerikanischen – europäischen – Mächten Machtprojektionen auf dem amerikanischen Doppelkontinent zu gestatten.⁴ Warum sollte gerade für die Sowjetunion eine Ausnahme gemacht werden?

1 Vgl. Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): *Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Noten in Dokumenten der sowjetischen Führung*. München 2007.

2 Ruggenthaler, Peter: Stalin, S. 21, bezogen auf Loth, Wilfried: Die Entstehung der „Stalin-Note“. Dokumente aus Moskauer Archiven. In: Zarusky, Jürgen (Hrsg.): *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig*. Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 84. München 2002, S. 19–115.

3 Ruggenthaler, Peter: Stalin, S. 16.

4 Vgl. Finzsch, Norbert: *Konsolidierung und Gesetz. Nordamerika von 1800 bis 1865*. Münster 2005, S. 225, siehe auch Schwabe, Klaus: *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*. Paderborn u. a. 2006, S. 7: „Seit ihrer Gründung hing die Grundstellung der jungen amerikanischen Republik gegen einen Imperialismus europäischer

Das normative Defizit des Buches drückt sich sehr konkret im mangelnden Verständnis für die europäischen Freiheitsrevolutionen zwischen 1968 und 1989 aus; sie werden beschrieben, aber nicht wirklich wertgeschätzt: Der Prager Frühling 1968, das Entstehen von Solidarność 1980, der Runde Tisch in Warschau mitsamt dem Machtwechsel in Polen 1989 und parallel dazu der eher gleitende Machtwechsel in Budapest.

Ebensowenig erkennbar wird, dass Kalter Krieg und mit ihm korrespondierend „Entspannungspolitik“ auch nicht zureichend analysiert werden können, wenn der Gesamtzusammenhang von Politik, militärischen Szenarien und militärischem Potential teils ausgeblendet wird, teils nur einseitig aufscheint. Zwei Beobachtungen zu Loths Darstellung mögen das konkretisieren:

Die sowjetische Intervention in Afghanistan vom Ende des Jahres 1979 erscheint bei ihm geprägt durch eine „eher defensive Anlage“, bei der es darum gegangen sei, „eine breite Koalition um sich zu versammeln (und) die Reformen sorgfältig zu dosieren“. Man muss diese defensiven Gesichtspunkte ganz in der Wahrnehmung des damaligen Moskauer Politbüros gar nicht vollständig in Abrede stellen; die Sorge um ein muslimisches Epizentrum an der Südgrenze des sowjetischen Machtbereiches spielte in Moskau bei der Entscheidung für den Fallschirmjägereinsatz in Kabul sicher eine Rolle. Umgekehrt aber bringt der Autor gar nicht in Anschlag, dass der Kreml hier erstmals, seit sich die Grenzlinien des Kalten Krieges mit dem Putsch in Prag vom Februar 1948 verfestigt hatten, mit einer eigenen, relativ groß dimensionierten militärischen Intervention über diese Grenzlinien hinausging und zugleich – geostrategisch – mit dem Persischen Golf einer Zentralregion westlicher strategischer Interessenlagen (Ölversorgung) unmittelbar nahe rückte. So erscheint denn auch die harte Reaktion des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter bei Loth als ein „Kurswechsel“, zu dem es tatsächlich gewiss in der amerikanischen Perzeption sowjetischer Politik plausible Gründe gab, für Loth eher frapierend und bellizistisch überschießend. Quasi ähnlich überrascht steht Loth vor Helmut Schmidts – europäischer – Wahrnehmung der strategischen Kräfteverhältnisse, die schließlich mit in den NATO-Doppelbeschluss zur Austarierung der sowjetischen SS-20 Vorrüstung mit ihrer Bedrohung Westeuropas mündete: „Um so fataler war, dass Schmidt seine Entspannungspolitik mit einer ziemlich mechanischen Vorstellung von militärischem Gleichgewicht verband.“ Hingegen sind doch Interaktion im Kalten Krieg und mit ihr Entspannungspolitik stets (auch) vor dem Hintergrund der jeweiligen militärischen Potentiale wie Ratio zu sehen, ansonsten wäre Politik plakativ und gefährlich gesinnungsethisch vereinseitigt geblieben.⁵

Auf dieser Linie liegt nun auch, dass Loth für alle möglichen Konstellationen im Kalten Krieg wie auch in der Entspannungspolitik immer wieder einfach unterstellt, die strategischen Kräfteverhältnisse seien, global gesehen, eben ausgeglichen gewesen bzw. die westliche Seite, wie in der Kuba-Krise, in der Vorhand, ohne sich für die östliche Seite

Art unmittelbar mit ihrem Anspruch zusammen, in der Neuen Welt ungestört die eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen [...] Interessen verfolgen zu dürfen.“ – Wenn das sowjetische nukleare Engagement auf Kuba dem nicht widersprach, was dann?

5 Vgl. in diesem Sinn auch den vorausgehenden Konflikt zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr 1977 um die sogenannte „Neutronenbombe“. Dazu Spohr, Kristina: Helmut Schmidt. Der Weltkanzler. Darmstadt 2016, S. 137: „Aus der Sicht des Pentagon verbesserte sich die Fähigkeit des Bündnisses, einem militärischen Aggressor [...] schwere Verluste zuzufügen, durch den Einsatz der Neutronenwaffe ganz erheblich.“ Dagegen stand Egon Bahrs Artikel vom 21. Juni 1977 im sozialdemokratischen Magazin Vorwärts unter dem Titel: „Ist die Menschheit dabei, verrückt zu werden?“, suggestiv und unter bewusster Ausblendung der eigentlichen strategischen Implikationen im Sinne von Kriegsverhinderung durch glaubwürdige Sperrung militärischer Optionen für einen potentiellen Angreifer.

in Europa und hier vor allem für den entscheidenden Gesamtzusammenhang von konventionellen und nuklearen Potentialen auf eine fundierte Qualifizierung mit Schlussfolgerungen einzulassen: Tut man das hingegen, dann ergibt sich, mag man nun a posteriori als Kalter Krieger dastehen oder nicht, unbestreitbar zweierlei: zum einen die mehr als beträchtliche quantitative Überlegenheit des Rüstungspotentials des Warschauer Paktes an der zentraleuropäischen Front und zum anderen die sowjetische strategische Intention, eine militärische Auseinandersetzung sofort bei Beginn offensiv und nicht nur mit konventionellen, sondern auch vielfach mit nuklear bestückten Waffensystemen durchzuführen. Matthias Uhl, auch seine Darstellungen fehlen bemerkenswerterweise in Loths Literaturverzeichnis, hat diese strategische Ausrichtung in ihren Anfängen zu Beginn der sechziger Jahre insbesondere nach Erkenntnissen aus sowjetischen Archivbeständen erhärtet: „Insgesamt zeigt die Übung Borja, dass die sowjetische Militärführung Anfang der sechziger Jahre davon ausging, durch massierten Kernwaffeneinsatz kombiniert mit dem Angriff starker konventioneller Kräfte die NATO-Verbände in Westeuropa in kürzester Zeit entscheidend schlagen zu können. Die damals herrschende ‚Verteidigungsdoktrin‘ des Warschauer Vertrages war die der weitreichenden strategischen Offensive, die die Kräfte des angenommenen Gegners auf seinem eigenen Territorium vernichten sollte.“⁶ Kein Zweifel: Bis in die Gorbatschow-Ära, die dann auch auf diesem Gebiet den großen Paradigmenwechsel brachte, blieb die militärische Doktrin des Warschauer Paktes, das heißt konkret die des sowjetischen Generalstabes, für den Konfliktfall in Europa durchgängig offensiv, mochte auch gegen Ende dieser Epoche das Schwergewicht mehr auf den Einsatz konventioneller als nuklearer Waffensysteme gelegt werden.⁷

Abschließend noch zwei Beobachtungen: Zum einen die an die Kuba-Krise erinnernde Eskalation in der Schlussphase des Yom-Kippur-Krieges vom Oktober 1973. Als eine unmittelbare sowjetische Intervention im Nahen Osten drohte, versetzten die USA ihre strategischen Waffensysteme in erhöhte Alarmbereitschaft, ein dramatisches Paradigma dafür, wie im Kalten Krieg Konflikte eskalieren konnten.⁸

Das zweite ist die doch ziemlich doppelböde Beziehung zwischen Willy Brandt und Egon Bahr auf der einen, Richard Nixon und Henry Kissinger auf der anderen Seite: Zum einen, daran kann kein Zweifel sein, wurde die Brandtsche Entspannungspolitik vom Weißen Haus im Kern gutgeheißen. Denn auch in Washington wollte man den deutschlandpolitischen Ballast aus den fünfziger und frühen sechziger Jahren, Wiedervereinigungsanspruch, Hallstein-Doktrin, Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze, so gut es ging pragmatisch abgeräumt sehen, unter den Prämissen der eigenen globalen Entspannungsambitionen. Gleichwohl blieb gegenüber der deutschen Sozialdemokratie und zumal ihren außen- und deutschlandpolitisch wichtigsten Akteuren – Willy Brandt, Egon Bahr, von Herbert Wehner nicht zu sprechen – auch im Zenit der Entspannungspolitik, dem ersten Jahrfünft der siebziger Jahre, in der Washingtoner Führung ein erhebliches Maß an Misstrauen. Diese Ambivalenz ist bzw. wäre in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Zum einen wird hier deutlich, dass „Entspannung“ auf den verschiedenen Ebenen in den jeweiligen Lagern unterschiedlich gedeutet, mit unterschiedlichen Interessen wie Langfristperspektiven verbunden wurde. Bei Loth klingt das mitunter

6 Uhl, Matthias: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962. München 2008, S. 171.

7 Vgl. Umbach, Frank: Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955–1991. Berlin 2005, insbesondere S. 242 für die strategischen Einschätzungen des Jahres 1982. Auch der Autor Umbach fehlt im übrigen bei Winfried Loth!

8 Hier sehr authentisch Henry Kissinger: Memoiren 1973–1974. Bd. 2. München 1982, S. 674 ff.

durchaus an, aber gerade was die frühen siebziger Jahre anbelangt, wären hier sehr viel kräftigere Farben notwendig: Kein Zweifel: Egon Bahr hing in der Langfristperspektive von seiner Zeit im Planungsstab im Auswärtigen Amt in der ersten Großen Koalition von 1966 bis 1969 bis in die revolutionäre europäische Übergangsphase 1989/90 dem Bild eines europäischen Sicherheitssystems an, das an die Stelle der beiden Bündnisse NATO und Warschauer Pakt treten sollte – und das in der amerikanischen Wahrnehmung förmlich zwangsläufig auf eine sowjetische Hegemonie in Europa hinauslaufen musste.⁹ Aus der Perspektive Henry Kissingers war mit dem Amtsantritt der sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 ein Grundmisstrauen gegenüber einer spezifischen deutschen Entspannungspolitik in Interaktion zwischen Bonn und Moskau ganz deutlich gegeben, auch wenn Kissinger zugleich einen „back channel“, also eine Art vertrauliches rotes Telefon, zwischen ihm und Bahr installierte, auf den Bahr auch später immer wieder voll Genugtuung als eine Art Legitimationsnachweis zurückkam. Kissinger wörtlich in seinen Erinnerungen: „Ich hatte den Eindruck, dass die neue Ostpolitik Brandts, die viele als eine fortschrittliche Politik der Suche nach Entspannung ansahen, in den Händen bedenkenloser Leute zu einer neuen Form des klassischen deutschen Nationalismus werden konnte. Von Bismarck bis Rapallo ist das Wesen der nationalistischen Ausbrüche Deutschlands gewesen, zwischen Ost und West zu manövrieren. Im Gegensatz dazu hatte sich die amerikanische (und deutsche) Außenpolitik seit den 40er Jahren darum bemüht, die Bundesrepublik fest im Westen zu verankern, im Atlantischen Bündnis und später in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.“¹⁰

Bezeichnend erscheint leider auch, dass Wilfried Loth die Chance nicht genutzt hat, hier auf die jüngste Gesamtdarstellung der deutsch-amerikanischen Beziehungen der Nachkriegszeit aus der Feder von Rolf Steininger zurückzugreifen.¹¹ Steininger wird von Loth durchaus vielfach in Anspruch genommen, aber immer (nur) dann, wenn es um Steiningers bekannte Schlussfolgerungen zur Konstellation der fünfziger Jahre und um seine Annahme insbesondere im Blick auf die hier schon genannten Stalin-Noten von 1952 geht, die Sowjetunion habe damals ein ernstgemeintes Wiedervereinigungsangebot unterbreitet. Dieser quasi gute Steininger scheint also bei Loth auf, der kritische hingegen nicht: Steininger zitiert nicht nur die oft menschlich sehr unschönen Charakterisierungen Brandts und Bahrs durch Nixon und Kissinger – sie seien hier beiseitegelassen – sondern er kommt vor seiner historischen Folie zu dem negativen Befund: „Kissinger mochte weder Bahr noch Brandt. Es gibt zahlreiche, wenig freundliche Äußerungen in dem Sinne, dass Bahr ganz so agiere, wie es Metternich formuliert hatte [...].“

9 Vgl. Vogtmeier, Andreas: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriege bis zur Vereinigung. Bonn 1996, hier S. 104 bezogen auf ein Papier Bahrs „Konzeptionen der europäischen Sicherheit“ vom 27.6.1968, Vgl. ferner Dokument 13: SPD in Moskau: Keine NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland. In: Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990, hrsg. von Stefan Karner, Mark Kramer, Peter Ruggenthaler, Manfred Wilke, Besuch von Egon Bahr und Karsten Voigt am 27.2.1990 im Kreml mit der klaren Intention, im Gegensatz zur Politik des Bundeskanzlers Helmut Kohl ein europäisches Sicherheitssystem im Falle der Wiedervereinigung an die Stelle der deutschen NATO-Mitgliedschaft zu setzen: „Wenn wir die Ziele zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems auf ähnliche Weise formulieren, Kohl sich mit den Amerikanern auf eine Ausweitung der NATO auf ganz Deutschland (oder Genscher nur für die BRD) einigt und die Sowjetunion dem zustimmt, dann komme ich nicht mehr nach Moskau.“ S. 195–203, hier S. 198.

10 Kissinger, Henry A.: Memoiren 1968–1973. München 1979, S. 441.

11 Steininger, Rolf: Deutschland und die USA. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Reinbek/München 2014.

Kissinger hält ihn ebenfalls für total unzuverlässig und verdächtigte ihn heimlicher Kontakte mit den Sowjets, so sei der sowjetische Diplomat Falin sein Freund.“¹²

Wilfried Loth vermittelt dem Leser den Eindruck, quasi durch die Schlüssellöcher unmittelbar in die Kabinette der Mächtigen zu sehen und zu hören. Bei näherem Hinlesen verdüstert sich das Bild: Es fehlen die historische Gesamtkontextualisierung wie eine normative Anbindung, und der Umgang mit Forschung und Literatur ist (intendiert?) selektiv und unsouverän.

Peter März

12 Steininger, Rolf: Deutschland und die USA, S. 451 f.